

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV, 70

Bonn, den 15. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Aus Depression in Zukunftssicherheit</u> Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	51
2 - 3	<u>Der akademische Weg nach Europa ist steinig</u> Sinkende Zahlen beim Auslandsstudium - Die Äquivalenzfrage muß gelöst werden Von Wolfgang Tschechne	62
4	<u>Kiesinger und Strauß in Quarantäne</u> Sonderregelung der CDU in Nordrhein-Westfalen für den Landtagswahlkampf	33
5	<u>Ist Mauno Koivisto im Kommen?</u> Der finnische Sozialdemokrat - Vielleicht Kekkonens Nachfolger	37

Aus Depression in Zukunftssicherheit

Von Heinz Kühn,

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Wenn wir eine Bilanz über die hinter uns liegende Legislaturperiode versuchen, dann müssen wir damit beginnen, den Bogen der Erinnerungen zurückzuschlagen in jene Zeit, als wir im Dezember 1966 eine schwere Aufgabe, ein schweres Erbe übernehmen mußten, an dem wir fürwahr schwer zu tragen hatten: 74.000 Arbeitslose, mit 3,5 Prozent der höchste Prozentsatz in der Bundesrepublik, Zechenstilllegungen, Fabrikschließungen; alle die Fakten, die heute manchem als eine in die Erinnerung abgesunkene, ferne Unrealität erscheinen mögen. Aber wenn wir sie nennen, dann tsucht vor uns wieder die ganze Dramatik des damaligen Lebensgefühls in unserem Volke auf: "Bismarck" in Gelsenkirchen, "Concordia" in Oberhausen, "Huckarde" in Dortmund, daß ganze Städte in ihrer Existenz bedroht waren und die schwarzen Fahnen allenthalben im Revier erschienen.

Wir haben damals einen Landeskonjunkturhaushalt von 895 Millionen Mark aufgestellt, einen ganzen Katalog von Hilfsmaßnahmen für die Kohle bewilligt und das "Entwicklungsprogramm Ruhr" erarbeitet. Wir haben in einer ununterbrochenen Folge von Initiativen die Wirtschaft unseres Landes wieder auf die Beine gestellt. Dabei dachten wir nicht nur an bestimmte Gebiete unseres Landes.

Wenn man sich die Mittelbereitstellungen an die Kreise und Gemeinden während der letzten beiden Jahre ansieht, so entfielen bei Straßenbaumitteln auf das Ruhrgebiet, auf den Bereich des Siedlungsverbandes Ruhr 77,6 Millionen Mark. Ich will hier nur die Vergleichszahlen nennen. Das sind 12,50 DM je Einwohner. Es entfielen auf die Kreise außerhalb des Reviers 17,35 DM je Einwohner. Bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen entfielen auf das Revier 7,72 DM pro Einwohner, auf die Landkreise 27,91 DM.

Beim Krankenhausbau entfielen auf das Ruhrgebiet 13 DM je Einwohner, bei den Landkreisen 16,13 DM. Beim Schulbauprogramm im Revier 19,45 DM, bei den Landkreisen 28 DM.

Heute steht das am meisten krisengeschüttelte Land am stärksten konjunkturgefestigt da. Wir haben über 200.000 offene Arbeitsstellen. Aus dem Kohleüberfluß von damals ist der Kohlemangel von heute geworden, und die Wanderungsverluste, denen wir damals in zunehmendem Maße ausgesetzt waren - damals, 1967, hatten wir Wanderungsverluste von 91 347 Menschen - 5,4 pro Tausend -, sind einem Wanderungsgewinn von 2,4 pro Tausend gewichen. Damit sind 40 000 Menschen neu in unser Land gekommen, weil es die magnetische Kraft einer Zukunftslandschaft hat.

Das, glaube ich, sollten wir nicht vergessen, wenn wir uns fragen, was in diesen 3 1/2 Jahren getan worden ist. Wer objektiv und ehrlich ist, wird nicht bestreiten: Ohne die besonderen Anstrengungen dieses Landes wäre dieser Konjunkturaufstieg in Nordrhein-Westfalen und im ganzen Bundesgebiet nicht zustande gekommen.

Wir wollen nicht Verdienste groß und klein schreiben, wir wollen sagen, daß wir gemeinsam mit unseren Anstrengungen dieses Ergebnis bewirkt haben, auf das wir stolz sein können. Aus einem Lande der Depression und der Zukunftslosigkeit ist eine Landschaft der Zukunftssicherheit geworden. Daß dies in diesem Lande unter der Verantwortung dieser Regierung geschehen ist, darauf ist sie und sind die sie tragenden Fraktionen stolz.

Der akademische Weg nach Europa ist steinig

Sinkende Zahlen beim Auslandsstudium - Die Äquivalenzfrage
muß gelöst werden

Von Wolfgang Tschechne

Im Amerikanischen gibt es ein Wort, das schwer zu übersetzen ist: "move". Es bedeutet mehr als Beweglichkeit; es bezeichnet die Freude daran, eine neue Umwelt kennenzulernen, sich in fremder Umgebung behaupten zu können, frische Erfahrungen zu sammeln. Amerikanische Studenten zum Beispiel kennen "move": Studieren bedeutet für sie, sich anzuschauen. Zumindest in den Staaten, möglichst in der Welt.

Deutsche Studenten handeln lieber nach einem anderen Rezept. Sie verwirklichen in ihrem Studium das treue deutsche Sprichwort "Bleib im Lande und nähre dich redlich". Wie stark der studentische Hang ist, den frischen Wind der Welt zu meiden, wurde jetzt zum ersten Male in Göttingen bekannt. Auf der Jahressitzung des Landeskuratoriums im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft breitete Dr. Jürgen Fischer, Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, alarmierende Zahlen aus. Die Zahl deutscher Studierender an ausländischen Universitäten geht erschreckend zurück: Waren 1964 an den Hochschulen im EWG-Bereich noch 3,9 % Deutsche zu finden, so konnten im vergangenen Jahre nur noch knappe 2 % ermittelt werden; an den Unis der übrigen europäischen Staaten sank der deutsche Anteil von 0,5 auf 0,1 %.

Das geschieht in einer Zeit der energisch wachsenden internationalen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Bereich. Das geschieht in einer Welt, die für Führungspositionen in steigendem Maße übernationale Erfahrungen verlangt.

Warum scheuen die deutschen Studenten davor zurück, sich für die Bewältigung der großen Probleme unserer Zeit international vorzubereiten? Warum haben sie Angst vor dem Schritt über die Grenze des Heimatlandes? Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat mit tatkräftiger Hilfe des Stifterverbandes die Gründe ermittelt. Die DAAD-Analyse nennt folgende Ursachen: Risikoscheu; unzureichende

finanzielle und organisatorische Voraussetzungen; vor allem aber Besorgnis vor Verlust von Studienzeit. Wer nämlich im Ausland studiert, kann nicht ohne weiteres damit rechnen, diese Semester überhaupt angerechnet zu bekommen. Es geht dabei um die Frage der Äquivalenz, um das Problem der Gleichwertigkeit von Studiengängen, Prüfungszeugnissen und Diplomen. Zwar gibt es Äquivalenzvereinbarungen zwischen der Italienischen und der Westdeutschen Rektorenkonferenz; zwar laufen Verhandlungen auch zwischen Bonn und Paris. Doch beziehen sich solche Absprachen erstens nur auf einige wenige Fächer, und zweitens müssen sie von den staatlichen Behörden noch in Kraft gesetzt werden. Besonders schwierig haben sich entsprechende Verhandlungen mit England erwiesen: Jede der über 50 englischen Universitäten ist absolut selbstständig, so daß also praktisch mit jeder einzelnen britischen Hochschule ein eigener Äquivalenzvertrag abgesprochen und abgeschlossen werden müsste.

Der Weg nach Europa, auf so vielen Gebieten schon schwungvoll begangen, ist für die Studenten Europas noch sehr steinig. Ein Fels im Wege ist dabei vor allem der Numerus clausus an den meisten bundesdeutschen Universitäten: Wenn nämlich deutschen Bewerbern ein Studienplatz versagt werden muss, wird automatisch auch die Zahl der studierenden Ausländer herabgesetzt. Diese Folgerung mag auf den ersten Blick verständlich sein, erweist sich aber auf den zweiten Blick als Kurzschlußreaktion. Denn im Zeitalter zwangsläufiger Internationalität hilft es nichts, das eigene Haus zu versperren; es kommt viel eher darauf an, durch geeignete Maßnahmen auch finanzieller Art den Anteil der im Ausland hörenden deutschen Studenten zu erhöhen und das deutsche Studienplatzangebot für Ausländer mit dem ausländischen Angebot für Deutsche zu harmonisieren. Die Zahl von 272 deutschen Stipendien für das Studium im Ausland ist bei einer Zahl von 300 000 deutschen Studenten beschämend gering.

Eine verstärkte Nationalisierung des Hochschulzuges in Europa käme einer Provinzialisierung gleich. Gerade das kann sich Europa nicht mehr leisten. Und auch die deutschen Universitäten gehören zu Europa.

Kiesinger und Strauß in Quarantäne

Sonderregelung der CDU in Nordrhein-Westfalen für den Landtagswahlkampf

W.I. - Die Wahlkampfstrategen der CDU in Nordrhein-Westfalen können sich den als Wahlkämpfer anbietenden Vorsitzenden der beiden C-Parteien, Kiesinger (CDU) und Strauß (CSU), nicht einfach versagen. Aber sie haben zu erkennen gegeben, wo sie diese "Spitzenkräfte" allenfalls noch meinen verkraften zu können und wo nicht.

Kiesinger soll keine Gelegenheit erhalten, sich vor der Jugend zu produzieren. Und Strauß will man den Arbeitern im Ruhrgebiet fernhalten. Er soll nur in Ostwestfalen-Lippe eingesetzt werden, wo die Strukturen noch ländlicher sind.

An diesem Plan erweist sich, daß der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Köppler, seine Pappenheimer kennt. Der Mann, der ähnlich wie die Hamburger CDU eine für die Jugend und die Städte attraktivere CDU anpeilt, befindet aus seiner Bonner Erfahrung als Staatssekretär heraus die C-Vorsitzenden für eben diese Wählerschichten als ungeeignet. Die gespreizte Attitüde des in seiner Eitelkeit verletzten Kiesinger und die bullig-"konservative" Gangart des Bayern könnten der CDU bei den Schichten, die sie unbedingt gewinnen bzw. wiedergewinnen möchte, nur schaden.

Nun ist Jugend überall. Wenn sie ihr Kiesinger fernhalten will, wird die CDU in Nordrhein-Westfalen für den Mann, der immer noch von seiner Kanzlerzeit träumt, wohl eigene Altenveranstaltungen ansetzen müssen. Andererseits ist auch in Ostwestfalen-Lippe nicht überall "nur Land". In Bielefeld, Herford und Minden etwa dürfte der CSU-Matador kaum mehr zu bestellen haben als in Essen, Dortmund oder Gelsenkirchen. Nur in Paderborn und Wiedenbrück, dem "schwarzen" Wahlkreis Barzels, braucht man für Strauß nicht unbedingt schwarz zu sehen. Und seine "nationalen" Töne kommen vielleicht auch bei jenen im Lipperland an, die täglich das Schwert des Arminius vom Hermannsdenkmal über dem Teutoburger Wald blitzen sehen.

Aber ob Altenveranstaltungen für Kiesinger oder ländliche Gänge für Strauß: Es ist schon bemerkenswert, wie die Wahlkampfstrategen der CDU in Nordrhein-Westfalen über die beiden Vorsitzenden der C-Parteien gewissermaßen eine Quarantäne verhängen.

Ist Mauno Koivisto im Kommen?

Der finnische Sozialdemokrat - Vielleicht Kekkonens Nachfolger

KRK. - Einige Tage vor der Neuwahl des finnischen Reichstages hatte die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands den bisherigen Regierungschef Mauno Koivisto gebeten, auch nach der Wahl in seinem Amt zu bleiben. Koivisto verfügt nämlich über ein Höchstmaß an Vertrauen in seiner Partei, und wenn Finnlands sozialdemokratische Partei als einzige der Regierungsparteien bei der Wahl ihre Stellung behaupten konnte, so gibt es keinen Zweifel daran, daß dies vor allem Mauno Koivisto zu danken ist.

Koivisto hatte vor den Wahlen einige Male den Wunsch geäußert, der Politik zu entsagen und zu seiner Arbeit als Chef der Reichsbank zurückzukehren. Es ist aber kein Geheimnis, daß er 1974 als Staatspräsident kandidieren soll. Kekkonen wird sich im Hinblick auf sein Alter kaum einer Neuwahl stellen. Sollte er aber doch noch einmal kandidieren, so könnte er von Koivisto besiegt werden.

Koivisto ist 47 Jahre alt. Er war Zimmermann im Hafen von Turku, als man seine Begabung entdeckte und ihn zum Vorsteher des Hafenkontores machte. Abends studierte er. Als Sechsenddreißiger wurde er Doktor der Philosophie mit einer Arbeit über die sozialen Verhältnisse im Hafen von Turku. Danach wurde er Chef der Arbeiter-Sparkasse und schließlich Chef der Reichsbank.

Nach den Reichstagswahlen von 1966 wurde Koivisto in Paasios Regierung Finanzminister. Er verordnete der Wirtschaft Finnlands eine Roßkur, zu der auch die Abwertung der Mark gehörte. Nach der Neuwahl des Präsidenten 1968 ging der Auftrag zur Regierungsbildung an Koivisto. Führende Sozialdemokraten waren darüber keineswegs erfreut; ihnen erschien Koivisto damals noch als ein politischer Leichtgewichtler. "Er ist kein richtiger Politiker", wurde oft gesagt. Koivisto sagt nämlich immer, was er denkt. Das mag ein Minus im Kreise von Berufspolitikern sein, aber die Jugend schätzt solche Art. Es ist auch kein Geheimnis, daß die weiblichen Wähler ihm zugehen sind. "Für einen finnischen Politiker ist er geradezu schön zu nennen", schrieb ein witziger schwedischer Journalist.

Koivisto ist schlagfertig. Im Fernsehen wurde er vor kurzen gefragt, was er in einer kritischen Lage tun würde. "Ich kann mich nicht jedesmal erschießen", gab er zur Antwort.

Koivisto ist der Mann, der eher als Schüsse Stimmen auf sich zieht.